

Zur Frage der Vereinbarkeit von Kirche und Politik hat Martin Leschhorn einen Beitrag verfasst in: Daniel Hagmann: Zwischenzeit. Die Reformierte Kirche Baselland 1950 bis 2000, Liestal 2004, S. 226-243.

Die Finanzen der Kirchgemeinde sind aus den verschiedenen Kassenbüchern im Archiv rekonstruierbar:

- Kirchenopferbücher 1857-1929 (mit meteorologischen Notizen von Pfarrer Kündig)
- Kirchensteuerbücher 1939-1947
- Kassenbücher 1896-1945

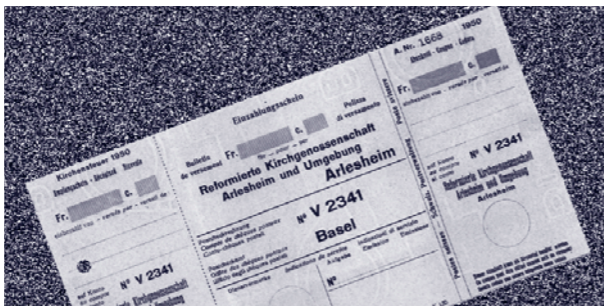
Abbildungsnachweis:

Geschäftsstelle der Kirchgemeinde Basler Zeitung (Foto Tino Briner) Archiv der Kirchgemeinde

Autor: Daniel Hagmann, Basel
Telefon: 061 681 44 54
e-mail: hagmannandaniel@bluewin.ch

Lauthals: Verpflichtungen

In den Protokollen der Arlesheimer Kirchenpflege finden sich keine Spuren von Konflikten, bei denen es konkret um missliebige politische Stellungnahmen einzelner Gemeindemitglieder oder Kirchenvertreter gegangen wäre. Indirekt stand Politik aber wiederholt zur Debatte: Wenn es um Budgetposten ging, konkret um die Unterstützung von Entwicklungshilfe-Projekten. "Immer wieder sind unsere HEKS-Beiträge Anlass zu unliebsamen Diskussionen", hielt Kirchgemeindepäsident Bruno Steiger 1988 im Jahresrückblick fest. Vor zwei Jahrzehnten war beschlossen worden, fünf Prozent der Gesamtausgaben der Kirchgemeinde für Entwicklungshilfe auszurichten. Damals begann sich das traditionelle Missionsverständnis endgültig zugunsten einer stärker gesellschaftspolitisch engagierten Partnerschaftshilfe zu wandeln. Das Beispiel Südafrika machte in der Folge deutlich, wie schwierig es war, weltweite kirchliche Solidarität zu üben, ohne in ideologische Konflikte verwickelt zu werden. Wer sich für Südafrika einsetzte, erinnert sich Pfarrer Marcus Ruf, galt damals bei gewissen Leuten schnell als Kommunist.



Kirchensteuer-Einzahlungsschein 1950

Umgekehrt kam es 1998 zu lebhaften Diskussionen, als das Budget für das Folgejahr stark verminderte Steuereinnahmen prognostizierte - und die Kirchenpflege eine Kürzung der Vergabungen an HEKS und andere um fast einen Drittel vorschlug. Verabschiedet wurde von der Kirchgemeindeversammlung schliesslich ein Zusatz zum Budget, dass im Falle eines günstigeren Rechnungsabschlusses diese Beiträge nachträglich aufgestockt werden sollten. Dabei seien soziale Überlegungen stärker gewichtet worden als buchhalterische Überlegungen, kommentierte und begrüßte Kirchenpfleger Mathis Spreiter anschliessend den Entscheid der Versammlung.

Bei den Vorbereitungen für das Jubiläumsjahr 2006 waren die Meinungen ebenfalls gespalten. Diesmal ging es nicht um Ideologie oder Politik, sondern um die grundsätzliche Frage, wofür die reformierte Kirche ihr Geld einsetzen solle, was sozusagen ihr Kerngeschäft sei. Bereits die kantonalkirchliche Visitation von 1974-1978 hatte ähnliche Diskussionen dokumentiert: Kommentare, dass die Kirche weniger in Bauten und Verwaltung, dafür gezielt in ihre sozialen Verpflichtungen investieren solle. Aber das ist wieder eine andere Geschichte.

FORTSETZUNG FOLGT ...

... In der nächsten Folge («Kirche auf Zeit») lesen Sie, wie die reformierte Kirche mit Kindern und Jugendlichen lebt - und wie sie sich mit ihnen verändert und entwickelt.

NO COMMENT

NO COMMENT

Tabu waren politische Themen in der Kirchgemeinde Arlesheim keineswegs. Bloss die Art und Weise, wie über Politik gesprochen wird, war und bleibt umstritten. Für wen darf man Partei ergreifen? Nur als Privatperson oder auch als Mandatsträger? Nur bei Sachthemen oder auch bei Wahlen? Nur bei schreiender Ungerechtigkeit oder auch bei struktureller Ungleichheit? Nur erklärend oder auch kommentierend und wertend?

Sprachlosigkeit herrscht eher beim Thema Geld. Bei Spenden und Kollekten spricht der Ertrag Bände - bei den Kirchensteuern gibt es keine Kommentare, ausser bei Erhöhungen oder Austritten. Wofür man das Geld ausgeben soll, darüber sind sich nie alle Kirchenmitglieder einig. Denn hinter den Zahlen stecken immer Wertvorstellungen und Erwartungen zum Verhältnis Kirche und Welt.

Stillschweigend: Parteipolitik

Ist die Kirche viel zu kritisch, zu wenig auf die Verkündigung ausgerichtet? Oder ist die Kirche zu konservativ, zu herrschaftsfreundlich, kein Salz der Erde mehr? Über diese Fragen stritten sich die Reformierten im frühen 20. Jahrhundert immer lauter - nicht nur weil die Kirche politischer, sondern auch weil die Verbindung von Kirche und Parteipolitik fragwürdig geworden war. 1945 schrieb J. Mangold im Gemeindeblatt: «Reformierter Glaube deckt sich mit keinem Parteiprogramm». Kurz zuvor hatten bei Gemeinderatswahlen die Freisinnigen den Reformierten empfohlen, für ihre Kandidaten zu stimmen. Was umgehend für Proteste sorgte, im Dorf wie unter den Reformierten. Mangold selbst hatte im Vorfeld dringend von einem solchen Flugblatt abgeraten. Noch vor wenigen Jahrzehnten aber hätte er anders gehandelt. Denn im früher vorwiegend katholischen Birseck gab es lange nur zwei Parteien. Die konservative Partei verstand sich ausdrücklich als Vertretung der katholischen Bevölkerung - den Reformierten blieb wenig andere Wahl, als sich mit der freisinnigen Partei zu verbünden. Nur so konnten die Interessen der wachsenden Diasporagemeinde bei der Besetzung von Behörden- und Lehrerstellen verteidigt werden. Doch «heute ist die Lage völlig verändert», schrieb Mangold 1945, die reformierten Arlesheimer seien in verschiedenen Parteien tätig und die Kirche kenne keine bindenden politischen Wahlparolen mehr.

Das widerspiegelte sich künftig auch in der Zusammensetzung der Kirchenpflege, wo parteipolitische Zugehörigkeiten immer weniger bedeutend wurden. Er habe gar nicht gewusst, wer welcher Partei verbunden sei, erinnert sich der einstige Kirchenpflegepräsident Fritz Störi an seine Amtszeit in den 1960er- und 1970er-Jahren. Wenn es Differenzen gab, dann beruhten sie eher auf unterschiedlichen Weltanschauungen - und auf den unterschiedlichen Vermögenslagen und Interessen der Reformierten.

Parteipolitik wurde so im Arlesheimer Kirchgemeindegleben langsam aber sicher Nebensache. Umgekehrt aber bildete sich in Teilen der reformierten Kirche seit der Wende zum 20. Jahrhundert eine stark politisierte Haltung heraus. Sie orientierte sich nicht mehr an Parteien, sondern bezog Position zu grundlegenden politischen Fragen: zu Bürgerrechten, sozialer Ungleichheit, Pazifismus. Diese religiös-soziale



Bildlegende

Kollektenkasse in der Reformierten Kirche Arlesheim



Ertrag des Kirchenopfers

1858	Fr. 342.81
1860	Fr. 328.50
1880	Fr. 255.21
1900	Fr. 595.33
1920	Fr. 1'373.04

Das erste Kirchenopfer wurde am eidgenössischen Betttag 1857 eingegeben, für den Basellandschaftlichen Armerziehungsverein. Es ergab Fr. 171.80.

Heute wird ein Drittel der Kollekten von der Synode vorgegeben. Bei den restlichen Kollekten ist die Kirchgemeinde Arlesheim frei, für was oder wen sie sammeln will.

2003 zum Beispiel wurden knapp 25'700 Franken aus 55 Gottesdienst-Kollekten einbezahlt. Davon gingen 17 an landeskirchlich angeordnete Projekte, z.B. HEKS. Die übrigen 35 Kollekten wurden selbst bestimmt; insgesamt gut 17'000 Franken wurden an einheimische und ausländische Organisationen verteilt.

Bewegung beeinflusste zum Beispiel Pfarrer Hans Noll, der noch bei Hermann Kutter und Leonhard Ragaz studiert hatte. Aus der Krisenerfahrung des Ersten Weltkriegs entstand wenig später die so genannte dialektische Theologie, wesentlich geprägt durch Karl Barth. Für mehrere Generationen von Baselbieter Pfarrern - auch für Pfarrer Andreas Brassel - wurde Barth mit seiner Weigerung, sich von Ideologien oder staatlicher Macht vereinnahmen zu lassen, zum Vordenker. In ihrem Verständnis kam der Kirche ein unabhängiges Wächteramt zu, und damit die Aufgabe, in Gesellschaft und Politik eine christliche Grundhaltung laut und deutlich zu verteidigen.

Lauthals: Menschenrechtspolitik

In der Nachkriegszeit wurden dann politische Diskussionen von den ideologischen Polarisierungen des Kalten Krieges bestimmt. Der Einsatz für weltweite Gerechtigkeit und Frieden geriet schnell in den Verdacht der Linkslastigkeit, das Verhältnis von Kirche und Politik war heiss umstritten. Nicht nur in Arlesheim: Die gesamtkirchliche Visitation von 1974-1978 zeigte, dass politisches Engagement von Kirchenmitgliedern von einer Mehrheit grundsätzlich befürwortet wurde. Grosse Skepsis und Ablehnung gab es aber gegenüber kirchlichen Wahl- oder Abstimmungsempfehlungen. Der Einsatz für Menschenrechte war unumstritten, in sozialpolitischen Fragen hingegen sollte die reformierte Kirche sich nicht äussern. Dabei ging es immer um offizielle Kommentare - der einzelne Reformierte hingegen durfte sich laut damaligem Verständnis durchaus politisch kundtun. Genau das war ja das Ziel des Arlesheimer Forums für Zeitfragen, das in den 1970er-Jahren wiederholt aktuelle Themen zur Diskussion stellte: Atomkraftwerke, Flüchtlingspolitik, Entwicklungshilfe.



Bundesrätin Micheline Calmy-Rey an der «Arleser Bettagsfeier» 2004

Reformierte Pfarrer und Gemeindeglieder bezogen so wiederholt öffentlich zu politischen Themen Position. Nicht immer zum Gefallen aller Reformierten, wie es zum Beispiel im Nachruf auf Pfarrer Noll 1955 diplomatisch hiess ... Grundsätzlich übten die Arles-

heimer Pfarrer Zurückhaltung in ortspolitischen Fragen, etwa beim umstrittenen Fall Schappe. Sie schwiegen nicht einfach, wenn es um politische Fragen ging, welche die damalige Gesellschaft spalteten. Doch sie verkündeten keine Parolen. Andreas Brassel etwa verurteilte 1983 im Gemeindebrief die Stationierung atomarer Raketen in Deutschland nicht, sondern verwies deutlich auf die Pflicht zur Friedensstiftung: «Christen werden Masstäbe setzen». Nach dem Ende des Kalten Krieges 1989 waren es vor allem Fragen der globalen Entwicklung, zu welchen Kommentare laut wurden. Die deutliche Ablehnung der Asyl- und Ausländergesetzrevision vom September 2006, wie sie Pfarrer Peter Spinnler im Gemeindebrief forderte, stand in dieser Tradition des Wächteramtes der reformierten Kirche.

NO COMMENT

NO COMMENT

Stillschweigend: Dankesopfer

Geld war in Arlesheim seit der Gründung der Kirchgenossenschaft 1882 ein Dauerthema. Um den personellen und materiellen Aufwand abdecken zu können, war man ursprünglich auf den guten Willen aller angewiesen: auf das Entgegenkommen des Staates bei den Subventionen, die Solidaritätskollekten des Protestantisch-kirchlichen Hilfsvereins, auf die Spenden von Firmen, die Legate und Schenkungen Privater und natürlich auf die Mitgliederbeiträge der reformierten Gemeindegossen. Solange die Diaspora wuchs und baute, flossen die Mittel. Für Pfarrhaus- und Kirchenbau wurden wiederholt Spendenaufrufe lanciert und Obligationen ausgegeben. Dieses System des freiwilligen Engagements schien aber schon nach wenigen Jahrzehnten an seine Grenzen zu stossen. 1915 hielt der Kirchgenossenschaftsvorstand resigniert fest: «Der Aufruf, in welchem wir auch dies Jahr die Gemeindeglieder bitten, ihre Beiträge zu erhöhen, hat seine Wirkung so ziemlich verfehlt; es wäre zwecklos, wenn wir es mit diesem Mittel weiter versuchen wollten; ja ich möchte fast sagen, es wäre unser nicht würdig, da es bei vielen den Eindruck einer Bettelei macht.» Deshalb wurde im Folgejahr die Kirchensteuer eingeführt.

Damit verband sich ein grundlegender Wandel im Umgang mit Geld respektive im Reden über Geld. Die Gabe wurde zur Pflicht, die Spende oder das Opfer zur Steuer. 1952 wurde im Gemeindeblatt darauf hingewiesen, dass der ursprüngliche Sinn des Kirchenopfers verloren gegangen sei. Wo man früher im Gottesdienst mit dem Geld ein Dankesopfer an Gott selber gebracht habe, herrsche heute eine Zwanzgerli-Mentalität. Kollekten seien zur Gewohnheit geworden, zum Brauch, und hätten - finanzpolitisch wie mental - keine existenzielle Bedeutung mehr für die Gemeinde. Entsprechend klagte die Kirchenpflege 1969: «Die wenigsten Leute geben noch Opfer, die schmerzen. Postcheck-Sammlungen sind oft ertragreicher als Haussammlungen, welche oft als Erpressung empfunden werden.»

Offenbar spielten nicht nur die Verwendungszwecke eine Rolle, ob reformierte Arlesheimerinnen und Arlesheimer ihr Portemonnaie öffneten - sondern auch die Art und Weise, wie dieses Geld zum Thema gemacht wurde. Zumindest die wohlhabenden Gemeindeglieder agierten in der sprichwörtlich gewordenen Basler Art des Mäzenats: Man hat und man gibt, aber man spricht ungern darüber. Und man erwartet ebenso ohne viele Worte entsprechende Anerkennung. Viele grosszügige Spenden (Bauland, Glocken, Geld) wurden aus dieser Mischung von Engagement und puritanischer Diskretion heraus anonym vermittelt. Ob in den 1940er- oder in den 1980er-Jahren, persönliche Gespräche zwischen Kirchenvertretern und potentiellen Grossspendern erwiesen sich wiederholt als fruchtbarste Methode. Man war sich in der Kirchgemeinde durchaus bewusst, dass die Beiträge der vermögenden Steuerzahlenden den Finanzhaushalt stark beeinflussten. Die Kirchenpflege scheute sich 1996 auch nicht, dies laut zu sagen, als das neue Steuerreglement der Kantonalkirche zur Diskussion stand. Die vorgesehene progressive Besteuerung betraf vor allem Besserverdienende. Was so nicht gesagt wurde: Es ging nicht nur ums Geld, sondern auch um die gefühlsmässige Einbindung der vermögenden Reformierten ins Gemeindeleben. Früher waren deren Vertreter noch in den Behörden aktiv gewesen, nun drohte stillschweigend eine beidseitige Abgrenzung zu entstehen. Doch das ist wieder eine andere Geschichte.

ZITAT

Aus dem Gemeindeblattartikel von J. M., 1946

Auf die Kanzel gehört nicht Propaganda für eine bestimmte politische Partei, für ein bestimmtes Wirtschaftsprogramm. Es sollen keine Wahlparolen bei Wahlen in politische Behörden ausgegeben werden und bei Abstimmungen über Gesetze soll nur dann ein Wort von der Kanzel dazu gesagt werden, wenn es sich um eine Frage handelt, zu der die Kirche nicht schweigen darf. Denn auf der andern Seite gehört Politik, das heisst wörtlich: die Dinge von öffentlichem Interesse, unbedingt auf die Kanzel. Wir haben es genug hören müssen und den Vorwurf auf uns sitzen lassen müssen: Die Kirche hat zu dem und jenem geschwiegen, wo sie hätte reden sollen. Erinnern wir uns nur an Deutschland. Wir haben es genug hören müssen und den Vorwurf auf uns sitzen lassen müssen: Die Kirche hat zu dem und jenem geschwiegen, wo sie hätte reden müssen.

Aus dem Gemeindebriefartikel von Pfarrer Peter Spinnler, 2006

Ich bete dafür: «Recht muss Recht bleiben» (Psalm 94,15). Ich teile mit dieser Bitte die tiefe Sorge um eine weitere Verschärfung der Asyl- und Ausländergesetzgebung. Diese Gesetze müssen weiterhin rechtsstaatliche Grundsätze, Völkerrecht und Genfer Flüchtlingskonvention respektieren! Das ist kostbare Schweizer Tradition. Ich ganz persönlich teile die Haltung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes SEK (und der Schweizer Bischofskonferenz) sowie des Pfarrkonventes und des Diakoniekonventes unserer Evangelisch-reformierten Kirche Basel-Landschaft, dass eine weitere Verschärfung abzulehnen ist.